

Interpellation SP-GRÜ-Fraktion vom 18. September 2017

Klimawandel – Handeln ist dringend gefordert

Schriftliche Antwort der Regierung vom 9. Januar 2018

Die SP-GRÜ-Fraktion erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 18. September 2017 nach den kantonalen Massnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel.

Die Regierung beantwortet die einzelnen Fragen wie folgt:

1. Der Bund koordiniert gemäss Art. 8 des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO₂-Emissionen (SR 641.71; abgekürzt CO₂-Gesetz) die Massnahmen zur Vermeidung und Bewältigung von Schäden an Personen oder Sachen von erheblichem Wert, die sich als Folge der erhöhten Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre ergeben können. Er sorgt darüber hinaus für die Erarbeitung und die Beschaffung von Grundlagen, die für die Ergreifung dieser Massnahmen notwendig sind. Die konkreten Massnahmen und Grundlagenarbeiten des Bundes sind in den Berichten «Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz»¹ («Aktionsplan 2014–2019» vom 9. April 2014 sowie «Ziele, Herausforderung und Handlungsfelder» vom 2. März 2012) umfassend dargestellt.
2. Die Regierung erachtet die vom Bund zur Verfügung gestellten umfassenden Grundlagen und Angebote als ausreichende Basis für die kantonalen Folgearbeiten.
- 3./5. Der Kanton St.Gallen konzentriert sich zur Verminderung des Ausstosses von Treibhausgasen (Mitigation) auf die Verminderung des CO₂-Ausstosses. Grundlage ist das Energiekonzept² mit konkreten Zielen für das Jahr 2020. Das Baudepartement hat die Arbeiten für das Nachfolgekonzept für die Jahre nach 2020 bereits aufgenommen und wird der Regierung im Jahr 2018 die Stossrichtung und die zu prüfenden Schwerpunkte zum Entscheid vorlegen.

Bei der Anpassung an den Klimawandel (Adaption) stützt sich der Kanton St.Gallen bislang ausschliesslich auf die Facharbeit der verschiedenen Ämter ab. Mit einem vorausschauenden Vollzug soll den Auswirkungen des Klimawandels Rechnung getragen werden. Zahlreiche Fachämter berücksichtigen in ihrem Vollzug denn auch die sich aufgrund des Klimawandels verändernden Rahmenbedingungen. Beispiele für kantonale Strategien sind das Leitbild Wasserversorgung 2014³ und die kantonale Biodiversitätsstrategie 2018–2025⁴. Im Leitbild Wasserversorgung wurden für die einzelnen Wasserversorgungen Stresstests für verschiedene Szenarien wie zunehmende Bevölkerung, Ausfall einzelner Fassungen, längere Trockenperioden und Hitzewellen infolge des Klimawandels berechnet.

Eine übergeordnet abgestimmte Strategie mit einem entsprechenden Aktionsplan liegt für den Kanton St.Gallen noch nicht vor. Die Regierung hat aber mit der Schwerpunktplanung für die Jahre 2017–2027 (28.17.01) die Erarbeitung einer kantonalen Strategie zur vorausschauenden Reaktion auf die Auswirkungen des Klimawandels und deren Umsetzung im

¹ Abrufbar unter <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/anpassung-an-den-klimawandel.html>.

² Abrufbar unter <https://www.umwelt.sg.ch/home/Themen/Energie/energiekonzept.html>.

³ Abrufbar unter <http://www.gvasg.ch/de/wasserversorgung/grundlagen/leitbild/>.

⁴ Abrufbar unter https://www.anjf.sg.ch/home/natur_und_landschaft/aufgaben/_jcr_content/RightPar/download-list_teaser/DownloadListParTeaser/download_teaser.ocFile/20171212_Biodiversit%C3%A4tsstrategie-SG.pdf.

Grundsatz beschlossen. Das Baudepartement wird der Regierung gestützt darauf im Verlauf des Jahres 2018 einen Auftrag für ein departementübergreifendes Projekt unterbreiten.

4. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat gestützt auf Art. 15 der eidgenössischen Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (SR 641.711) die Kantone eingeladen, über ihre Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel Bericht zu erstatten. Gemäss Controlling-Bericht des BAFU vom 1. Dezember 2017 hatten sich im Jahr 2015 insgesamt 18 Kantone sektorübergreifend mit der Anpassung an den Klimawandel beschäftigt. 14 dieser Kantone haben die Auswirkungen sektorübergreifend untersucht. Neun Kantone haben eine Klimaanpassungsstrategie oder einen Massnahmenplan erarbeitet (Stand Mai 2017). In elf Kantonen besteht zumindest ein politischer Auftrag. Drei Kantone nahmen an der Umfrage nicht teil.

- 6./7./8. Für die Beantwortung der Fragen 6 bis 8 fehlen im Kanton St.Gallen die Grundlagen.

9. Weil zurzeit keine Koordination der Aktivitäten erfolgt, besteht auch keine entsprechende Übersicht. Aufgrund der topografischen und wirtschaftlichen Vielfalt des Kantons ist jedoch grundsätzlich von vielfältigen Auswirkungen auszugehen. Namentlich erwähnt seien die Bereiche Gesundheit, Wasserwirtschaft, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft sowie die Bauwirtschaft.